

Öffentlicher Dienst: Zu hohe Löhne oder zu leichte Zielscheibe?

Die FEDE erwartet vom Staatsrat etwas mehr politischen Mut!

Steuergeschenke haben die kantonalen Finanzen ausgetrocknet. Währenddessen steigt die Bevölkerung und die öffentlichen Dienste werden stark genutzt. Wer soll nun für die Politik der leeren Kassen geradestehen? Die vom Staatsrat vorgeschlagenen Sparmassnahmen treffen in erster Linie den öffentlichen Dienst, eine offenbar leichte Zielscheibe für solche Übungen. Die FEDE wird nicht Hand bieten zu einem solch massiven Opfer und fordert Verhandlungen.

Die Freiburger Staatsangestellten waren immer loyal zu ihrem Arbeitgeber und haben sich mit hohem Einsatz für ein reibungsloses Funktionieren der kantonalen Dienste engagiert. Studien zeigen, dass Freiburg unter den öffentlichen Verwaltungen in der Schweiz an vorderster Stelle steht betreffend Effizienz und Qualität der Dienstleitungen (Studie der Handelskammern Westschweiz und Tessin 2011). Im Vergleich zu den anderen Kantonen sind aber die Arbeitsbedingungen im Freiburger Öffentlichen Dienst (Löhne, Pension, Arbeitszeiten usw.) nur durchschnittlich. Und selbst dieses Niveau wurde erst kürzlich dank EVALFRI erreicht. Die Zahlen zeigen auch, dass der Personalschlüssel in der Verwaltung im Verhältnis zur Bevölkerung keineswegs luxuriös ist sondern im landesweiten Durchschnitt liegt.

Die falsche Botschaft zum falschen Zeitpunkt

Aus all diesen Gründen wollen wir nicht die ersten Opfer eines Sparprogramms sein. Die Bevölkerung des Kantons hat in den letzten Jahren stark zugenommen und der Trend hält an. Wenn die Einwohnerzahl steigt, nimmt unweigerlich auch der Bedarf an öffentlichen Leistungen zu.

Wie schon bisher stellt sich das Personal der öffentlichen Dienste dieser Herausforderung. Doch die Botschaft des Staatsrats wirkt wenig ermutigend: Wird den Beschäftigten der öffentlichen Dienste doch signalisiert, sie seien zu teuer und es müsse an ihnen gespart werden, während ihr Einsatz so gefragt ist wie noch nie.

Warum fehlen 100 Millionen in der Kasse?

Dabei ist es der Staatsrat selber, der erhebliche Mindereinnahmen beschlossen hat, ohne Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung. Der Grosse Rat hat die Steuern bereitwillig gesenkt um einen Betrag von mindestens 140 Millionen Franken im Jahr. Etwa diese Summe fehlt jetzt für ein ausgeglichenes Budget. Die Regierung ist also selber in der Pflicht, gegenüber der Bevölkerung Lösungen zu finden, um die Finanzen ins Lot zu bringen. Die vom Stimmvolk gewollte Schuldenbremse verbietet dem Staatsrat, konjunkturelle Schwankungen auszugleichen. Wer für die Aufnahme dieser Bestimmung in die Verfassung gestimmt hat, hat nun die Folgen dieses Entscheids zu tragen und zu akzeptieren, dass der Staat bei finanziellen Engpässen entweder seine Einnahmen erhöhen oder seine Dienstleistungen einschränken muss.

Sparen im Schnellverfahren

Die FEDE kann sich nicht einverstanden erklären mit dem Vorgehen des Staatsrats, der die Diskussion abwürgen und im Schnellverfahren Massnahmen durchsetzen will, die das Personal über Jahrzehnte hinweg treffen werden. Dieses unannehmbare Verfahren wurde auch in der Vergangenheit nie so praktiziert. Die Staatsangestellten können wohl einen Beitrag leisten, aber nicht in diesem Ausmass, und zudem noch ohne jegliche Verhandlungen. Es müssen nun kurzfristig Gespräche stattfinden

zum Budget 2014. Dabei kommt für die FEDE nicht in Frage, Sparmassnahmen gutzuheissen, die sich derart langfristig auswirken und die Lohnprogression auf unbestimmte Dauer einfrieren. Denn darunter werden vor allem auch junge und neu eingestellte Beschäftigte leiden.

Der Staatsrat spielt mit dem Feuer. Er schlägt

brutale und unverhältnismässige Massnahmen vor. Eine Sanierung ausschliesslich auf Kosten seiner Angestellten schädigt zudem die Sozialpartnerschaft. Werden die Sparmassnahmen und insbesondere die Frage der Lohnprogression nicht zurückgezogen, so werden wir das Personal zu einer massiven Mobilisierung aufrufen.

Eine Protestaktion ist provisorisch für den 14. Juni vorgesehen – je nach Entwicklung der Lage.

Die Delegiertenversammlung wird auf den 5. Juni einberufen, um die Frage zu erörtern.

Die FEDE ist Referenzorganisation und Ansprechpartner des Staatsrats für alle Fragen betreffend die Angestellten der öffentlichen Verwaltung. Sie vertritt das gesamte Staatspersonal und zählt 4500 Personen, die 20 Verbänden angeschlossen sind.

Bernard Fragnière, Präsident FEDE
Medienmitteilung
13. Mai 2013

Quelle

Bericht zum Struktur- und Sparmassnahmenprogramm 2013-2016 des Staates Freiburg (SR)

«Struktur- und Sparmassnahmen»

http://www.fr.ch/cha/files/pdf53/130513_ResumeD_MSE.pdf
<http://www.fr.ch/cha/de/pub/vernehmlassungen.htm>

1.4. Allgemeine Ergebnisse des Programms

Struktur- und Sparmassnahmen: Übersicht über die Nettoauswirkungen für den Staat, in 1000 Franken

Thema	2014	2015	2016	2014 - 2016
Einnahmen	30'962	33'682	36'101	100'746
Personal	36'096	60'551	90'131	186'778
Subventionierung	31'028	33'403	34'216	98'647
Projekte und Reformen	5'791	5'625	7'145	18'561
Weitere Erträge	10'500	10'500	10'000	31'000
Total	114'378	143'761	177'593	435'732

Die Zahlen in der Tabelle entsprechen der Entlastung der Staatsfinanzen (Mehreinnahmen oder Minderaufwand)

1.5. Einnahmen

Struktur- und Sparmassnahmen: Aufbesserung der Einnahmen, in 1000 Franken

	2014	2015	2016	2014 - 2016
Gebühren	2'265	2'505	2'510	7'280
Steuern	24'386	24'886	24'906	74'178
Nutzungsbeiträge	1'746	3'696	5'830	11'273
Weitere Einnahmen und Beiträge	13'065	13'095	12'855	39'015
Total	41'462	44'182	46'101	131'715

1.6. Neue Stellen und Lohnsumme

Struktur- und Sparmassnahmen: neue Stellen und Lohnsumme, in 1000 Franken

Thema	2014	2015	2016	2014 - 2016
Begrenzung der Anzahl neuer Stellen	4'693	8'704	10'134	23'531
Senkung der Gehaltsskala um 0,9 %	14'100	14'100	14'100	42'300
Kein Teuerungsausgleich, bevor der Indexstand 112 Punkte erreicht	7'045	22'141	44'933	74'119
Kein Stufenanstieg 2014 und Anstieg von 50 % des Stufenbetrags der Stufen 2015 und 2016	10'258	15'606	20'964	46'828
Total	36'096	60'551	90'131	186'778

1.7. Subventionierung

Struktur- und Sparmassnahmen: Subventionierung, in 1000 Franken

	2014	2015	2016	2014 - 2016
Gesundheit und Soziales	22'646	24'168	24'344	71'158
Verkehr und Mobilität	3'418	3'697	3'881	10'996
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Umwelt	1'915	2'015	1'935	5'865
Bildung, Erziehungswesen und Kultur	1'394	1'431	1'578	4'403
Volkswirtschaft und Energie	1'365	1'415	1'415	4'195
Weitere Bereiche	290	677	1'063	2'030
Total	31'028	33'403	34'216	98'647

1.8. Projekte und Reformen

Struktur- und Sparmassnahmen: Projekte und Reformen, in 1000 Franken (kurzfristige Auswirkungen)

Thema	2014	2015	2016	2014 - 2016
E-Government und Informatisierung	1'100	1'150	1'200	3'450
Laufende Verbesserung der Organisation	1'133	1'125	1'195	3'453
Aufgabe oder zeitliche Neustaffelung von Projekten und weiteren Massnahmen	1'123	1'164	1'643	3'930
Globalbudget der Universität	2'435	2'186	3'107	7'728
Total	5'791	5'625	7'145	18'561

Die Zahlen in der Tabelle entsprechen der Entlastung der Staatsfinanzen (Mehreinnahmen oder Minderaufwand)

1.9. Auswirkung der Massnahmen auf die Gemeinden

Struktur- und Sparmassnahmen: Übersicht über die Nettoauswirkungen für die Gemeinden, in 1000 Franken

Thema	2014	2015	2016	2014 - 2016
Einnahmen	1'771	2'123	2'294	6'188
Personal	8'486	14'551	22'546	45'583
Subventionierung	-7'257	-6'869	-7'581	-21'707
Projekte und Reformen	5	98	217	320
Total (Nettogewinn)	3'004	9'903	17'477	30'384

(+) = Entlastung (Mehreinnahmen und Minderaufwand); (-) = Belastung (Mindereinnahmen und Mehraufwand)